

Experten diskutierten Bodenproblematik

Im Bregenzer Festspielhaus fand am Donnerstag das Immobilienforum West statt. Raumplanungs-Experten diskutierten über Lösungsvorschläge, wie die knappe Ressource Boden wieder besser in den Baukreislauf eingebracht werden kann.

In Vorarlberg sind 30 Prozent der als Bauland gewidmeten Flächen nicht bebaut. Diese Grundstücke ihrer Bestimmung zuführen, sei eine Herausforderung für die Gemeinden. Bei der Tagung am Donnerstag in Bregenz wurden daher auch kritische Maßnahmen diskutiert - wie etwa Widmungsgewinne anzutasten, höhere Abgaben einzuheben oder gar Enteignungen vorzunehmen.

Im Beitrag sehen Sie: Arthur Kanonier, Universitätsprofessor Raumplanung TU Wien; Christof Schremmer, Experte, Österreichisches Institut für Raumplanung; Markus Hagen, Präsident Vorarlberger Eigentümervereinigung

Wenn das öffentliche Interesse extrem hoch sei, müsse man zumindest darüber diskutieren, wie man die Zwangsmaßnahmen erhöhen könne, sagte etwa Arthur Kanonier, Universitätsprofessor für Raumplanung an der TU Wien. Damit man in Sonderfällen, wenn Liegenschaften in bester Lage jahrelang gehortet werden, an diese Liegenschaften herankomme.

Befristung von Bauland?

Die Bevölkerung Österreichs wächst jährlich um rund 75.000 Menschen. Vorarlberg ist neben Wien das Bundesland mit dem stärksten Bevölkerungszuwachs und dem größten Druck, Wohnungen zu bauen. Insbesondere die Städte würden wachsen, sagte Christof Schremmer vom Institut für Raumplanung. Der ländliche Raum verliere hingegen Einwohner.

Die Forderung nach leistbarem Wohnen könne erfüllt werden, wenn kleinere Wohnungen gebaut und der vorhandene Boden besser genutzt würde - Stichwort verdichtete Bauweise. Eine andere Möglichkeit sei die Befristung von Bauland, sagte Kanonier. So könne man etwa mit Sanktionen drohen, wenn die Grundeigentümer nicht innerhalb einer bestimmten Frist tätig würden.

Hagen: „Problematisch und gefährlich“

Die Idee, Druck auf Grundstücksbesitzer auszuüben, stieß aber auch auf Widerstand. Markus Hagen, Präsident Vorarlberger Eigentümervereinigung, merkte etwa an, dass der Ruf nach weiteren Strafmaßnahmen immer dann komme, wenn die öffentlichen

Mechanismen versagten. „Ich sehe das sehr problematisch und auch sehr gefährlich“, so Hagen.

Die Wohnungspreise haben sich in den letzten zehn Jahren verdoppelt. Zweitwohnsitze spielten dabei eine wichtige Rolle, sagte Experte Schremmer. Der Zuwachs beim Zweitwohnen sei durch Faktoren wie Vorsorgewohnungen, Anlagewohnungen und Zweitwohnsitze für Ausländer getrieben worden. Das mache leistbares Wohnen für Einheimische schwieriger.

Publiziert am 10.03.2016

Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.

- nicht mit Facebook verbunden  Social-Media-Dienste aktivieren

- nicht mit Twitter verbunden 

- nicht mit Google+ verbunden 

- **Zwei Klicks für mehr Datenschutz: Erst wenn Sie dieses Feld durch einen Klick aktivieren, werden die Buttons aktiv, und Sie können Ihre Empfehlung an Facebook, Twitter und Google+ senden. Schon beim Aktivieren werden Informationen an diese Netzwerke übertragen und dort gespeichert. Näheres erfahren Sie durch einen Klick auf das i.**

<http://orf.at/stories/socialmedia>